

Unterdeckung erhöht die Kosten

Weingartener Bürger müssen für die Abwasserbeseitigung tiefer in die Tasche greifen

Weingarten. Die Weingartener Bürgerinnen und Bürger müssen sich im neuen Jahr auf höhere Gebühren für die Abwasserbeseitigung einstellen. Ab dem 1. Januar 2014 steigen die Kosten der Schmutzwasserbeseitigung von bisher 1,65 Euro auf 1,80 Euro pro Kubikmeter Abwasser, die Niederschlagswassergebühr wird dann statt wie bisher 0,32 Euro pro Quadratmeter versiegelte Fläche und Jahr 0,49 Euro betragen.

Durch die Aufteilung in Regenwasser und Schmutzwasser wird das Niederschlagswasser in Quadratmeter versiegelter Fläche gemessen. Allerdings erweisen sich die durch die Erhebung ermittelten Flächen gegenüber den

Schätzungen anhand der Planunterlagen als deutlich weniger. Durch diese erhebliche Reduzierung fallen Einnahmen weg, aber die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Fortschreibung der Regenwasserkonzeption seien trotzdem vorhanden, berichtete Bürgermeister Eric Bänziger im Weingartener Gemeinderat. Die neue Kalkulation gelte nur für das Jahr 2014, denn der Gebührenhaushalt aus dem Jahr 2009 enthalte noch eine Altlast von knapp 17 000 Euro, die nach dem Gesetzgeber innerhalb von fünf Jahren ausgeglichen werden müs-

se. Daher müsse diese Kostenunterdeckung ebenfalls in die neue Kalkulation einbezogen werden, die aber aus demselben Grund nur bis zum 31. Dezember 2014 gelte. Danach werde eine neue Kalkulation aufgestellt.

Hans-Martin Flinspach (WBB) gab hohe Kosten zu bedenken, jähr-

lich solch eine aufwändige Kalkulation erstellen zu lassen. Außerdem wollte er wissen, ob die Versiegelungsfläche regelmäßig fortgeschrieben werde. Ab dem Jahr 2015 werde die Kalkulation in Fünf-Jahres-Schritten erstellt. Die Verwaltung lasse im kommenden Jahr

Kalkulation künftig in Fünf-Jahres-Schritten

die gesamte Regenwasserkonzeption der Gemeinde für 25 Jahre neu überrechnen, dann sei mit großen Investitionen in Regenüberlaufbecken zu rechnen, erwiderte Bänziger. Immer häufiger vorkommende Starkregen machten Neuberechnungen erforderlich, die in der Regel neue Bauwerke erforderten.

Klaus Holzmüller (FDP) befürwortete, im Jahr 2015 erneut eine Gebührenkalkulation zu erstellen, denn auch 2014 werde es große Veränderungen geben, die sich auf die Gebühren auswirkten und nachzukalkulieren seien.

Die Räte stimmten dem Beschluss und der daraus resultierenden Satzung einstimmig zu. Marianne Lothar